19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Martin Trefzer (AfD)

vom 2. Mai 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 2. Mai 2025)

zum Thema:

Juden- und Israelhass in Berlin: wie hat sich der Kampf gegen den Antisemitismus im Hinblick auf Fallzahlen, Delinquenz und Tätergruppen entwickelt?

und **Antwort** vom 20. Mai 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 26. Mai 2025)

Herrn Abgeordneten Martin Trefzer (AfD)
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/22500
vom 2. Mai 2025

über Juden- und Israelhass in Berlin: wie hat sich der Kampf gegen den Antisemitismus im Hinblick auf Fallzahlen, Delinquenz und Tätergruppen entwickelt?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Welche Konsequenzen hat der Senat im Bereich der Polizei und der Justiz aus dem Umstand gezogen, dass, so die Einschätzung der Bundesbehörden (<https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2024/pressemitteilung-2024-10-04-jahrestag.html>), der Schwerpunkt israelfeindlicher Straftaten und Versammlungen in Deutschland seit dem 07. Oktober 2023 in Berlin liegt?

Zu 1.:

Die Staatsanwaltschaft Berlin hat schon vor dem 7. Oktober 2023 Straftaten mit einem mutmaßlich antisemitischen Motiv mit einem besonderen Fokus bearbeitet, indem in der zuständigen Abteilung zwei Staatsanwälte im Rahmen einer Sondersachbearbeitung mit den entsprechenden Verfahren betraut sind. Dieser besondere – personelle – Fokus auf die Bearbeitung wird auch seit dem 7. Oktober 2023 konsequent weiterverfolgt. Weiterhin wurde durch die Polizei Berlin mit zahlreichen repressiven und präventiven Maßnahmen auf die besondere Lage im Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt reagiert. Exemplarisch seien hier folgende genannt:

- Zur zentralisierten kriminalpolizeilichen Bearbeitung im Polizeilichen Staatsschutz des Landeskriminalamts Berlin wurde die Ermittlungsgruppe Nahost implementiert.

- In der Landespolizeidirektion wurde die Koordinierungsstelle Nahost eingerichtet, um alle polizeilich relevanten Informationen zum Nahost-Konflikt zu sammeln, Handlungsnotwendigkeiten abzuleiten und strukturiert alle Bedarfstragenden einzubinden bzw. zu beauftragen.
- Die polizeilichen Maßnahmen im Bereich Antisemitismusbekämpfung wurden angepasst: Es wurden deutlich mehr Gefährdungsbewertungen erstellt und die Anzahl der durch den Zentralen Objektschutz befahrenen Schutzobjekte bzw. andere Schutzmaßnahmen wurde mehr als verdoppelt.
- Die Netzwerkarbeit im Bereich der Antisemitismusprävention wurde ausgebaut und intensiviert.
- Zur Sensibilisierung der Dienstkräfte der Polizei Berlin ist die Thematik „Antisemitismus“ Gegenstand diverser Fortbildungsmaßnahmen, welche durch eigene Mitarbeitende oder mit Hilfe von Kooperationspartnerinnen und -partnern durchgeführt werden.
- Darüber hinaus haben der Antisemitismusbeauftragte der Polizei Berlin und seine Mitarbeitenden ihr Beratungsangebot intensiviert und mit dem um Chiffren, Symbolen und Codes erweiterten „Leitfaden zur Verfolgung antisemitischer Straftaten in Berlin“ den Polizeivollzugskräften im März 2025 ein weiteres unterstützendes Hilfsmittel zur Verfügung gestellt, um antisemitisch motivierte Straftaten noch schneller und konsequenter verfolgen zu können.

2. Wie viele Ermittlungsverfahren im Kontext des Nahost-Konfliktes wurden im Land Berlin in den Jahren 2023, 2024 und im laufenden Jahr eingeleitet?

3. Wegen welcher Delikte wird insoweit ermittelt (bitte auch die Fallzahlen der jeweiligen Delikte angeben)?

Zu 2. und 3.:

Die erfragten Daten können der folgenden Tabelle entnommen werden:¹

¹ Grundlage für die Beantwortung der Fragen 2 bis 4, 9 bis 13 und 16 bildet der „Kriminalpolizeiliche Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ (KPM-D-PMK). Dabei handelt es sich, anders als bei der „Polizeilichen Kriminalstatistik“, um eine Eingangsstatisik. Das bedeutet, der Fall wird sofort gezählt, wenn er bekannt wurde und nicht erst nach Abschluss der Ermittlungen. Die Fallzählung erfolgt tatezeitbezogen, unabhängig davon, wann das Ermittlungsverfahren an die Staatsanwaltschaft abgegeben wurde. Die folgenden statistischen Angaben stellen keine Einzelstraftaten der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) dar. Bei der Darstellung handelt es sich um Fallzahlen. Ein Fall bezeichnet jeweils einen Lebenssachverhalt in einem engen räumlichen und zeitlichen Zusammenhang mit identischer oder ähnlicher Motivlage, unabhängig von der Zahl der Tatverdächtigen, Tathandlungen, Anzahl der verletzten Rechtsnormen oder der eingeleiteten Ermittlungsverfahren. Die Fälle der PMK unterliegen bis zum Abschluss der Ermittlungen – gegebenenfalls bis zum rechtskräftigen Gerichtsurteil – einer fortlaufenden Bewertung gemäß der angenommenen Tatmotivation. Neuere Erkenntnisse können demgemäß zu einer Aktualisierung oder zu Änderungen führen. Darüber hinaus können Fälle der PMK auch erst nach dem Statistikschluss bekannt und entsprechend gezählt werden. Deshalb kommt es sowohl unter- als auch überjährig immer wieder zu Fallzahlenänderungen. Bisläng konnten für das Jahr 2025 noch nicht alle bekannt gewordenen Fälle im Rahmen des KPM-D-PMK erfasst werden. Demnach ist davon auszugehen, dass die aufgeführten

Delikt	Bezeichnung	Jahr		
		2023	2024	2025
§ 129b StGB	Bildung terroristischer Vereinigungen	2	3	0
§ 89c StGB	Terrorismusfinanzierung	4	3	0
Terrorismus gesamt		6	6	0
§ 113 StGB	Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	45	212	6
§ 114 StGB	tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte	20	145	4
§ 125 StGB	Landfriedensbruch	7	49	0
§ 125a StGB	besonders schwerer Fall des Landfriedensbruchs	9	61	1
§ 223 StGB	Körperverletzung	15	46	8
§ 224 StGB	gefährliche Körperverletzung	26	101	3
§ 226 StGB	schwere Körperverletzung	0	1	0
§ 249 StGB	Raub	0	6	0
§ 250 StGB	schwerer Raub	0	1	0
§ 253 StGB	Erpressung	0	1	0
§ 255 StGB	räuberische Erpressung	1	0	0
§ 306 StGB	Brandstiftung	1	6	0
§ 306a StGB	schwere Brandstiftung	1	2	0
§ 315 StGB	gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs- und Luftverkehr	1	1	0
§ 315b StGB	gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr	1	6	0
Gewaltdelikte gesamt		127	638	22
§ 86 StGB	Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen	6	6	4

Fallzahlen für das Jahr 2025 nicht das gesamte Fallaufkommen darstellen, welches sich im angefragten Zeitraum ereignete.

Delikt	Bezeichnung	Jahr		
		2023	2024	2025
§ 86a StGB	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen	48	572	146
Propagandadelikte gesamt		54	578	150
§ 104 StGB	Verletzung von Flaggen und Hoheitszeichen ausländischer Staaten	8	3	0
§ 111 StGB	öffentliche Aufforderung zu Straftaten	8	17	1
§ 120 StGB	Gefangenenbefreiung	1	4	0
§ 123 StGB	Hausfriedensbruch	4	17	0
§ 124 StGB	schwerer Hausfriedensbruch	0	3	0
§ 126 StGB	Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten	20	17	1
§ 126a StGB	gefährdendes Verbreiten personenbezogener Daten	0	2	1
§ 130 StGB	Volksverhetzung	171	356	45
§ 131 StGB	Gewaltdarstellung	0	1	0
§ 132a StGB	Missbrauch von Titeln, Berufsbezeichnungen und Abzeichen	0	1	0
§ 140 StGB	Belohnung und Billigung von Straftaten	35	41	8
§ 164 StGB	falsche Verdächtigung	1	2	0
§ 171 StGB	Verletzung der Fürsorge- oder Erziehungspflicht	0	1	0
§ 185 StGB	Beleidigung	75	230	29
§ 186 StGB	üble Nachrede	1	9	0
§ 187 StGB	Verleumdung	6	15	0
§ 188 StGB	üble Nachrede und Verleumdung gegen Personen des politischen Lebens	5	14	0
§ 192a StGB	verhetzende Beleidigung	9	7	1

Delikt	Bezeichnung	Jahr		
		2023	2024	2025
§ 201 StGB	Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes	0	2	1
§ 201a StGB	Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs durch Bildaufnahmen	0	1	0
§ 202a StGB	Ausspähen von Daten	0	1	0
§ 203 StGB	Verletzung von Privatgeheimnissen	1	0	0
§ 240 StGB	Nötigung	4	13	0
§ 241 StGB	Bedrohung	16	47	2
§ 242 StGB	Diebstahl	6	12	0
§ 243 StGB	besonders schwerer Fall des Diebstahls	2	2	0
§ 246 StGB	Unterschlagung	0	1	0
§ 248a StGB	Diebstahl und Unterschlagung geringwertiger Sachen	1	2	0
§ 258 StGB	Strafvereitelung	0	3	0
§ 26 Versammlungsfreiheitsgesetz Berlin (VersFG BE)	Verstoß gegen das VersFG BE	2	8	0
§ 27 Sprengstoffgesetz (SprengG)	Verstoß gegen das SprengG	2	0	0
§ 27 Versammlungsgesetz (VersammlG)	Verstoß gegen das VersammlG (Waffen/Vermummung)	0	1	0
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	270	1.004	96
§ 304 StGB	gemeinschaftliche Sachbeschädigung	37	41	4
§ 305a StGB	Zerstörung wichtiger Arbeitsmittel	1	0	0
§ 316b StGB	Störung öffentlicher Betriebe	0	1	0
§ 90a StGB	Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole	0	2	0

Delikt	Bezeichnung	Jahr		
		2023	2024	2025
Kunsturheberrechtsgesetz (KUG)	Verstoß gegen das KUG	2	7	2
Kriegswaffenkontrollgesetz (KrWaffKontrG)	Verstoß gegen das KrWaffKontrG	0	1	0
Vereinsgesetz (VereinsG)	Verstoß gegen das VereinsG (Zu widerhandlungen gegen Verbote)	7	27	1
Pressegesetz (PresseG)	Verstoß gegen das PresseG (Impressumpflicht)	1	0	0
sonstige Delikte gesamt		696	1.916	192
PMK Nahostkonflikt gesamt		883	3.138	364

Quelle: KPMD-PMK, Stand: 5. Mai 2025

4. Welche Nationalität haben die Beschuldigten (bitte die Zahl, der auf die jeweilige Nationalität entfallenden Beschuldigten, mit angeben)?

Zu 4.:

Die erfragten Daten können der folgenden Tabelle entnommen werden:

Anzahl der tatverdächtigen Personen zu Fällen im Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt nach Staatsangehörigkeit

Staatsangehörigkeit	Jahr		
	2023	2024	2025
Afghanistan	2	4	0
Ägypten	5	26	0
Argentinien	0	2	0
Aserbaidshan	0	2	0
Australien	2	5	0
Bahrain	0	1	0
Belgien	0	6	0
Bosnien und Herzegowina	0	1	0
Brasilien	0	1	0
Bulgarien	0	7	2
Chile	0	1	0
China	0	1	0
Dänemark	1	2	0

Staatsangehörigkeit	Jahr		
	2023	2024	2025
Deutschland	172	1125	79
Finnland	0	6	0
Frankreich	5	25	0
Georgien	0	3	0
Griechenland	0	13	0
Großbritannien	5	26	1
Guinea	0	1	0
Indien	0	2	0
Irak	2	3	0
Iran	26	42	1
Irland	2	26	2
Island	0	0	1
Israel	3	15	2
Italien	7	54	5
Japan	0	5	0
Jemen	0	1	0
Jordanien	3	13	0
Kanada	1	9	1
Kirgisistan	0	1	0
Kolumbien	1	3	1
Kosovo	0	1	1
Kroatien	0	13	2
Kuwait	1	1	0
Libanon	10	25	2
Libyen	0	1	0
Litauen	0	1	0
Luxemburg	0	1	0
Malaysia	0	1	0
Marokko	1	2	0
Mexiko	1	5	0
Neuseeland	0	2	0
Nicaragua	0	1	0
Niederlande	2	18	1
Nigeria	1	0	0
Norwegen	4	5	0

Staatsangehörigkeit	Jahr		
	2023	2024	2025
Österreich	0	2	0
Pakistan	0	4	0
Palästina	0	4	0
Polen	3	17	0
Portugal	0	9	1
Rumänien	1	12	0
Russische Föderation	2	17	0
Saudi-Arabien	0	1	0
Schweden	3	19	0
Schweiz	2	10	0
Serbien und Montenegro	1	5	0
Singapur	0	1	0
Slowakei	0	7	0
Slowenien	0	2	0
Spanien	4	14	0
staatenlos	6	99	5
Syrien	20	86	2
Tschechische Republik	1	3	0
Tunesien	1	8	0
Türkei	5	27	7
Ukraine	1	5	0
unbekannt	33	269	27
Ungarn	0	3	0
Vereinigte Staaten von Amerika	4	48	2
Zypern	0	1	0
tatverdächtige Personen gesamt	344	2.182	145

Quelle: KPMD-PMK, Stand: 5. Mai 2025

5. Wie viele der deutschen Beschuldigten haben eine weitere Staatsangehörigkeit (bitte die jeweiligen Konstellationen der Mehrstaatigkeit aufschlüsseln wie in der Antwort auf Frage Nr.11 in Ds. 19/17005 und dabei auch die auf die jeweilige Konstellation entfallende Zahl der Beschuldigten angeben)?

Zu 5.:

Die Ermittlung der erfragten Informationen ist im automatisierten Verfahren nicht möglich. Zur Erläuterung: Die Beantwortung der gegenständlichen Schriftlichen Anfrage erfolgt– wie oben unter Fußnote 1 dargelegt –anhand der Daten des KPMD-PMK, da das für diese

Schriftliche Anfrage zentrale Merkmal der antisemitischen Tatmotivation in den Daten des KPMD-PMK abgebildet wird. , während es im Polizeilichen Landessystem zur Information, Kommunikation und Sachbearbeitung (POLIKS) nicht systematisch erfasst wird. Eine Beantwortung der Frage 5 mittels der Daten des KPMD-PMK ist jedoch im automatisierten Verfahren nicht möglich.

In der referenzierten Schriftlichen Anfrage Drs. 19/17005 war unter anderem nach der Staatsangehörigkeit derjenigen Personen gefragt, gegen die Strafanzeige erstattet oder deren Identität in Zusammenhang mit pro-palästinensischen Versammlungen festgestellt worden war. Insofern erfolgte die damalige Beantwortung konsequenterweise anhand von Daten aus dem POLIKS-Bestand, da die Zählung im KPMD-PMK nicht anhand von Strafanzeigen (oder gar von Identitätsfeststellungen), sondern anhand von Fällen erfolgt, so dass eine Beantwortung im Sinne der Fragestellung anhand der Daten des KPMD-PMK nicht möglich gewesen wäre.

Eine Beantwortung der Frage 5 der gegenständlichen Schriftlichen Anfrage anhand von POLIKS-Daten wäre aufgrund der unterschiedlichen Zählweise von POLIKS und KPMD-PMK nicht valide. So würde beispielsweise bereits die Anzahl der beschuldigten Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft im POLIKS und im KPMD-PMK voneinander abweichen, was eine widersprüchliche Beantwortung zur Folge hätte.

6. Wie viele der Beschuldigten sind namentlich bekannt und in wie vielen Fällen wird gegen Unbekannt ermittelt?

Zu 6.:

Daten im Sinne der Fragestellung sind seitens der Polizei Berlin im automatisierten Verfahren nicht recherchierbar. Gemäß der KPMD-PMK (siehe unter Fußnote 1) kann ein Fall einen oder auch mehrere Beschuldigte umfassen. Der nachfolgenden Tabelle kann so jeweils entnommen werden, in wie vielen Fällen Personen identifiziert worden sind (Fälle geklärt) und in wie vielen Fällen der/die Beschuldigte/n bis dato nicht namentlich bekannt gemacht werden konnte/n. Ergänzend wird auf die Fragestellung und Tabelle bezüglich Frage 4 verwiesen. Dort ist anhand der Anzahl der aufgeführten Staatsangehörigkeiten die Gesamtzahl der so auch namentlich bekannt gemachten Beschuldigten ersichtlich.

Fallaufkommen im Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt

	Jahr		
	2023	2024	2025
Fälle geklärt	4	6	0

	Jahr		
	2023	2024	2025
Fälle ungeklärt	2	0	0
Terrorismus gesamt	6	6	0
Fälle geklärt	90	482	18
Fälle ungeklärt	37	156	4
Gewaltdelikte gesamt	127	638	22
Fälle geklärt	32	325	69
Fälle ungeklärt	22	253	81
Propagandadelikte gesamt	54	578	150
Fälle geklärt	153	539	50
Fälle ungeklärt	543	1.377	142
sonstige Delikte gesamt	696	1.916	192
Fälle geklärt	279	1.352	137
Fälle ungeklärt	604	1.786	227
PMK Nahost gesamt	883	3.138	364

Quelle: KPMD-PMK, Stand: 5. Mai 2025

7. In wie vielen Fällen wurde bereits Anklage erhoben bzw. eine rechtskräftige Verurteilung erreicht?

Zu 7.:

Die Auswertung der von der Polizei übermittelten Vorgangsnummern aus dem Aktenverwaltungssystem der Staatsanwaltschaft zeigt, in wie vielen Ermittlungsverfahren, denen die Strafverfolgungsbehörden nach ihrer Einschätzung einen Kontext zum Nahost-Konflikt zugeordnet haben, in den Jahren 2023, 2024 sowie im laufenden Jahr Anklage erhoben wurde. Die entsprechenden Zahlen sind in der Tabelle 1 dargestellt:

Tabelle 1: Anzahl der Anklageerhebungen

	Anzahl 2023	Anzahl 2024	Anzahl 2025
Anklage – Große Strafkammer	1	1	0
Anklage - Jugendrichter	3	19	11
Anklage - Jugendschöffengericht	1	3	1
Anklage – Landgericht - Staatsschutzkammer	0	2	0
Anklage - Schöffengericht	1	1	0
Anklage - Strafrichter	3	54	5
Summe	9	80	17

Quelle: Auswertung aus dem Aktenverwaltungssystem der Staatsanwaltschaft

In Tabelle 2 ist dargestellt, in wie vielen dieser Verfahren eine rechtskräftige Verurteilung erfolgt ist:

Tabelle 2: Anzahl der rechtskräftigen Verurteilungen (nach Erledigungsart und Jahr)

Erledigungsart	Anzahl 2023	Anzahl 2024	Anzahl 2025
Strafbefehl mit Freiheitsstrafe auf Bewährung	0	5	0
Strafbefehl ohne Freiheitsstrafe	6	251	27
Freiheitsstrafe mit Bewährung	1	1	0
Freiheitsstrafe ohne Bewährung	0	1	0
Freispruch	1	5	0
Geldstrafe	2	48	1
Summe	10	311	28

Quelle: Auswertung aus dem Aktenverwaltungssystem der Staatsanwaltschaft

8. Wie viele der Ermittlungsverfahren wurden eingestellt (bitte aufschlüsseln nach Einstellungstatbeständen §170 Abs. 2 StPO und §§ 153 ff StPO)?

Zu 8.:

Die Auswertung der von der Polizei übermittelten Vorgangsnummern aus dem Aktenverwaltungssystem der Staatsanwaltschaft zeigt, wie viele Ermittlungsverfahren, denen die Strafverfolgungsbehörden nach ihrer Einschätzung einen Kontext zum Nahost-Konflikt zugeordnet haben, in den Jahren 2023, 2024 sowie im laufenden Jahr eingestellt wurden. Die entsprechenden Zahlen sind in Tabelle 1, 2 und 3 dargestellt:

Tabelle 1: Anzahl der staatsanwaltlichen Einstellungen von Js Verfahren (nach Erledigungsart und Jahr)

Erledigungsart	Anzahl 2023	Anzahl 2024	Anzahl 2025
Einstweilige Einstellung - § 153 a I Nr. 2 Strafprozessordnung (StPO)	0	4	0
Einstweilige Einstellung - § 45 II Jugendgerichtsgesetz (JGG)	0	2	0
Einstellung - § 153 b I StPO	0	1	0
Einstellung - § 153 I StPO	0	56	6
Einstellung - § 153 I StPO Abgabe Ordnungswidrigkeit	0	5	0
Einstellung - § 170 II i.V.m. § 152 II StPO	0	2	0

Einstellung - § 170 II StPO	13	127	32
Einstellung - § 170 II StPO - objektiv keine Straftat	0	7	7
Einstellung - § 170 II StPO Privatklage	0	6	0
Einstellung - § 170 II StPO Verfahrenshindernis	1	55	16
Einstellung - § 45 I JGG, § 153 StPO	0	9	5
endgültige Einstellung - § 154 StPO	0	5	2
Summe	14	279	68

Quelle: Auswertung aus dem Aktenverwaltungssystem der Staatsanwaltschaft

Tabelle 2: Anzahl der gerichtlichen Einstellungen Js Verfahren (nach Entscheidungsart und Jahr)

Entscheidungsart	Anzahl 2023	Anzahl 2024	Anzahl 2025
Einstellung § 153 II StPO; mit Auslagenerstattung	0	3	0
Einstellung § 153 II StPO; ohne Auslagenerstattung	0	5	0
Einstellung § 153a II Nr. 2 StPO (Geldbetrag)	0	12	0
Einstellung § 47 JGG (erzieherische Maßnahme nach § 45 II JGG)	0	3	0
Einstellung § 47 JGG (Maßnahme nach § 45 III JGG)	0	7	0
Einstellung § 47 JGG i. V. m. § 153 Abs.1 S.1 StPO	0	2	0
Einstellung § 260 III StPO - Verfahrenshindernis	0	1	0
Summe	0	33	0

Quelle: Auswertung aus dem Aktenverwaltungssystem der Staatsanwaltschaft

Tabelle 3: Anzahl der Einstellungen von UJs Verfahren (nach Erledigungsart und Jahr)

UJ´s Verfahren	Anzahl 2023	Anzahl 2024	Anzahl 2025
Einstellung	0	3	4
Übergang in ein Js-Verfahren	3	3	0
Summe	3	6	4

Quelle: Auswertung aus dem Aktenverwaltungssystem der Staatsanwaltschaft

Verfahren gegen namentlich benannte Beschuldigte sind durch „Js“ und solche gegen unbekannte Beschuldigte durch „UJs“ gekennzeichnet.

9. Wie viele antisemitische Delikte wurden in den Jahren 2023, 2024 und im laufenden Jahr in Berlin erfasst? Wie viele davon sind auch in Kontext des Nahost-Konfliktes begangen worden?

10. Wegen welcher antisemitischen Delikte wird ermittelt (bitte auch die Fallzahlen der jeweiligen Delikte angeben)?

Zu 9. und 10.:

Die erfragten Daten können den folgenden Tabellen entnommen werden:

Fallaufkommen mit antisemitischer Motivation

Delikt	Bezeichnung	Jahr		
		2023	2024	2025
§ 129b StGB	Bildung terroristischer Vereinigungen	2	2	0
§ 89c StGB	Terrorismusfinanzierung	2	3	0
Terrorismus gesamt		4	5	0
§ 113 StGB	Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	25	15	0
§ 114 StGB	tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte	7	4	0
§ 125 StGB	Landfriedensbruch	2	8	0
§ 125a StGB	besonders schwerer Fall des Landfriedensbruchs	4	11	0
§ 211 StGB	Mord	0	0	1
§ 223 StGB	Körperverletzung	14	11	2
§ 224 StGB	gefährliche Körperverletzung	16	15	2
§ 253 StGB	Erpressung	0	3	0
§ 306 StGB	Brandstiftung	2	0	0
§ 306a StGB	schwere Brandstiftung	1	0	0
§ 315b StGB	gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr	1	0	0
Gewaltdelikte gesamt		72	67	5
§ 86 StGB	Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen	6	4	5
§ 86a StGB	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen	88	587	145

Delikt	Bezeichnung	Jahr		
		2023	2024	2025
Propagandadelikte gesamt		94	591	150
§ 104 StGB	Verletzung von Flaggen und Hoheitszeichen ausländischer Staaten	6	2	0
§ 111 StGB	öffentliche Aufforderung zu Straftaten	3	8	0
§ 123 StGB	Hausfriedensbruch	5	3	0
§ 124 StGB	schwerer Hausfriedensbruch	0	1	0
§ 126 StGB	Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten	16	8	2
§ 126a StGB	gefährdendes Verbreiten personenbezogener Daten	0	0	1
§ 130 StGB	Volksverhetzung	359	525	68
§ 131 StGB	Gewaltdarstellung	0	1	0
§ 140 StGB	Belohnung und Billigung von Straftaten	25	32	8
§ 164 StGB	falsche Verdächtigung	1	0	0
§ 166 StGB	Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen	0	1	0
§ 167 StGB	Störung der Religionsausübung	0	0	1
§ 168 StGB	Störung der Totenruhe	1	2	0
§ 171 StGB	Verletzung der Fürsorge- oder Erziehungspflicht	0	1	0
§ 185 StGB	Beleidigung	87	87	11
§ 186 StGB	üble Nachrede	1	2	0
§ 187 StGB	Verleumdung	5	5	0
§ 188 StGB	üble Nachrede und Verleumdung gegen Personen des politischen Lebens	2	2	0
§ 189 StGB	Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener	2	0	0
§ 192a StGB	verhetzende Beleidigung	13	10	4
§ 202a StGB	Ausspähen von Daten	0	1	0
§ 238 StGB	Nachstellung	1	0	0
§ 240 StGB	Nötigung	1	4	1
§ 241 StGB	Bedrohung	18	32	2

Delikt	Bezeichnung	Jahr		
		2023	2024	2025
§ 242 StGB	Diebstahl	5	5	0
§ 243 StGB	besonders schwerer Fall des Diebstahls	5	0	0
§ 248a StGB	Diebstahl und Unterschlagung geringwertiger Sachen	1	0	0
§ 263 StGB	Betrug	0	1	0
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	144	379	50
§ 304 StGB	gemeinschaftliche Sachbeschädigung	23	25	3
§ 324a StGB	Bodenverunreinigung	0	1	0
KUG	Verstoß gegen KUG	1	0	0
PresseG	Verstoß gegen das PresseG (Impressumpflicht)	1	0	0
VereinsG	Verstoß gegen das VereinsG (Zu widerhandlungen gegen Verbote)	5	22	1
sonstige Delikte gesamt		731	1.160	152
PMK Antisemitismus gesamt		901	1.823	307

Quelle: KPMD-PMK, Stand: 5. Mai 2025

Fallaufkommen mit antisemitischer Motivation im Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt

Delikt	Bezeichnung	Jahr		
		2023	2024	2025
§ 129b StGB	Bildung terroristischer Vereinigungen	2	2	0
§ 89c StGB	Terrorismusfinanzierung	2	3	0
Terrorismus gesamt		4	5	0
§ 113 StGB	Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	24	15	0
§ 114 StGB	tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte	6	3	0
§ 125 StGB	Landfriedensbruch	2	8	0
§ 125a StGB	besonders schwerer Fall des Landfriedensbruchs	4	11	0
§ 223 StGB	Körperverletzung	5	10	1
§ 224 StGB	gefährliche Körperverletzung	13	14	1
§ 253 StGB	Erpressung	0	1	0

Delikt	Bezeichnung	Jahr		
		2023	2024	2025
§ 306 StGB	Brandstiftung	1	0	0
§ 306a StGB	schwere Brandstiftung	1	0	0
§ 315b StGB	gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr	1	0	0
Gewaltdelikte gesamt		57	62	2
§ 86 StGB	Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen	5	2	4
§ 86a StGB	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen	44	531	137
Propagandadelikte gesamt		49	533	141
§ 104 StGB	Verletzung von Flaggen und Hoheitszeichen ausländischer Staaten	6	2	0
§ 111 StGB	öffentliche Aufforderung zu Straftaten	2	8	0
§ 123 StGB	Hausfriedensbruch	3	3	0
§ 124 StGB	schwerer Hausfriedensbruch	0	1	0
§ 126 StGB	Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten	13	4	1
§ 126a StGB	gefährdendes Verbreiten personenbezogener Daten	0	0	1
§ 130 StGB	Volksverhetzung	155	325	41
§ 131 StGB	Gewaltdarstellung	0	1	0
§ 140 StGB	Belohnung und Billigung von Straftaten	25	31	7
§ 164 StGB	falsche Verdächtigung	1	0	0
§ 171 StGB	Verletzung der Fürsorge- oder Erziehungspflicht	0	1	0
§ 185 StGB	Beleidigung	45	58	7
§ 186 StGB	üble Nachrede	0	2	0
§ 187 StGB	Verleumdung	5	4	0
§ 188 StGB	üble Nachrede und Verleumdung gegen Personen des politischen Lebens	1	1	0
§ 192a StGB	verhetzende Beleidigung	6	6	1
§ 202a StGB	Ausspähen von Daten	0	1	0

Delikt	Bezeichnung	Jahr		
		2023	2024	2025
§ 240 StGB	Nötigung	1	3	0
§ 241 StGB	Bedrohung	9	17	1
§ 242 StGB	Diebstahl	3	3	0
§ 243 StGB	besonders schwerer Fall des Diebstahls	2	0	0
§ 248a StGB	Diebstahl und Unterschlagung geringwertiger Sachen	1	0	0
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	125	341	40
§ 304 StGB	gemeinschaftliche Sachbeschädigung	13	18	2
KUG	Verstoß gegen das KUG	1	0	0
PresseG	Verstoß gegen das PresseG (Impressumpflicht)	1	0	0
VereinsG	Verstoß gegen das VereinsG (Zuwerhandlungen gegen Verbote)	5	21	1
sonstige Delikte gesamt		423	851	102
PMK Antisemitismus und Nahost gesamt		533	1.451	245

Quelle: KPMD-PMK, Stand: 5. Mai 2025

11. Welche Nationalität haben die Beschuldigten (im Sinne der Frage Nr. 9, bitte die Zahl, der auf die jeweilige Nationalität entfallenden Beschuldigten, mit angeben)?

Zu 11.:

Die erfragten Daten können den folgenden Tabellen entnommen werden:

Anzahl der tatverdächtigen Personen zu Fällen mit antisemitischer Motivation nach Staatsangehörigkeit

Staatsangehörigkeit	Jahr		
	2023	2024	2025
Afghanistan	1	2	0
Ägypten	5	9	0
Albanien	0	1	0
Argentinien	0	2	0
Australien	0	1	0
Bahrain	0	1	0
Belgien	0	2	0

Staatsangehörigkeit	Jahr		
	2023	2024	2025
Bosnien und Herzegowina	0	1	0
Brasilien	1	0	0
Bulgarien	0	5	2
Chile	0	1	0
China	0	1	0
Dänemark	1	2	0
Deutschland	256	743	78
Eritrea	0	1	0
Finnland	0	3	0
Frankreich	1	13	0
Georgien	0	1	0
Griechenland	0	7	0
Großbritannien	2	14	1
Guinea	0	1	0
Indien	0	2	0
Irak	2	1	0
Iran	30	26	1
Irland	2	13	1
Island	0	0	1
Israel	1	8	1
Italien	6	23	3
Japan	0	3	0
Jemen	0	2	0
Jordanien	2	8	0
Kanada	1	3	0
Kolumbien	1	3	1
Kosovo	0	0	1
Kroatien	0	12	1
Kuwait	1	1	0
Libanon	9	16	1
Libyen	0	1	0
Luxemburg	0	1	0
Malaysia	0	1	0
Marokko	1	1	0
Mexiko	1	2	0

Staatsangehörigkeit	Jahr		
	2023	2024	2025
Neuseeland	0	1	0
Niederlande	3	12	1
Nigeria	1	0	0
Norwegen	1	2	0
Österreich	0	6	0
Pakistan	0	2	0
Palästina	0	3	0
Polen	0	14	0
Portugal	0	6	1
Rumänien	1	8	0
Russische Föderation	2	8	1
Schweden	1	10	0
Schweiz	0	4	0
Serbien und Montenegro	1	6	0
Slowakei	0	4	0
Slowenien	0	1	0
Spanien	1	5	0
staatenlos	5	66	5
Syrien	15	42	4
Tschechische Republik	2	0	0
Tunesien	0	6	0
Türkei	9	13	4
Ukraine	0	3	1
unbekannt	31	173	20
Ungarn	0	2	0
Vereinigte Staaten von Amerika	2	27	0
Vietnam	1	0	0
tatverdächtige Personen gesamt	400	1.362	129

Quelle: KPMD-PMK, Stand: 5. Mai 2025

Anzahl der tatverdächtigen Personen zu Fällen mit antisemitischer Motivation im Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt nach Staatsangehörigkeit

Staatsangehörigkeit	Jahr		
	2023	2024	2025
Afghanistan	1	2	0

Ägypten	3	9	0
Argentinien	0	2	0
Australien	0	1	0
Bahrain	0	1	0
Belgien	0	2	0
Bosnien und Herzegowina	0	1	0
Bulgarien	0	1	1
Chile	0	1	0
China	0	1	0
Dänemark	1	2	0
Deutschland	94	608	53
Finnland	0	3	0
Frankreich	1	13	0
Georgien	0	1	0
Griechenland	0	7	0
Großbritannien	2	13	1
Guinea	0	1	0
Indien	0	2	0
Irak	2	1	0
Iran	24	26	1
Irland	2	13	1
Island	0	0	1
Israel	1	7	1
Italien	6	23	3
Japan	0	3	0
Jemen	0	1	0
Jordanien	2	8	0
Kanada	1	3	0
Kolumbien	1	3	1
Kroatien	0	12	1
Kuwait	1	1	0
Libanon	6	16	0
Libyen	0	1	0
Luxemburg	0	1	0
Malaysia	0	1	0
Marokko	1	1	0
Mexiko	1	2	0

Neuseeland	0	1	0
Niederlande	1	12	1
Nigeria	1	0	0
Norwegen	1	2	0
Österreich	0	1	0
Pakistan	0	2	0
Palästina	0	3	0
Polen	0	11	0
Portugal	0	5	1
Rumänien	1	8	0
Russische Föderation	2	7	0
Schweden	1	10	0
Schweiz	0	4	0
Serbien und Montenegro	1	4	0
Slowakei	0	4	0
Slowenien	0	1	0
Spanien	1	5	0
staatenlos	5	66	5
Syrien	15	39	1
Tunesien	0	6	0
Türkei	3	10	3
Ukraine	0	2	0
unbekannt	27	169	19
Ungarn	0	2	0
Vereinigte Staaten von Amerika	2	27	0
tatverdächtige Personen gesamt	211	1.195	94

Quelle: KPMD-PMK, Stand: 9. Mai 2025

12. Wie viele der deutschen Beschuldigten haben eine weitere Staatsangehörigkeit (bitte die jeweiligen Konstellationen der Mehrstaatigkeit aufschlüsseln wie in der Antwort auf Frage Nr.11 in Ds. 19/17005 und dabei auch die auf die jeweilige Konstellation entfallende Zahl der Beschuldigten angeben)?

Zu 12.:

Es wird auf die Antwort zur Frage 5 verwiesen. Darüber hinaus ist eine Beantwortung der Frage 12 wiederum auch anhand von POLIKS-Daten nicht möglich, da dort keine strukturierte Erfassung der antisemitischen Tatmotivation erfolgt.

13. Wie viele der Beschuldigten sind namentlich bekannt und in wie vielen Fällen wird gegen Unbekannt ermittelt?

Zu 13.:

Daten im Sinne der Fragestellung sind seitens der Polizei Berlin im automatisierten Verfahren nicht recherchierbar. Gemäß der KPMD-PMK (siehe unter Fußnote 1) kann ein Fall einen oder auch mehrere Beschuldigte umfassen. Der nachfolgenden Tabelle kann so jeweils entnommen werden, in wie vielen Fällen Personen identifiziert worden sind (Fälle geklärt) und in wie vielen Fällen der/die Beschuldigte/n bis dato nicht namentlich bekannt gemacht werden konnte/n. Ergänzend wird auf die Fragestellung und Tabelle bezüglich Frage 10 verwiesen. Dort ist anhand der Anzahl der aufgeführten Staatsangehörigkeiten die Gesamtzahl der so auch namentlich bekannt gemachten Beschuldigten ersichtlich.

Fallaufkommen mit antisemitischer Motivation

	Jahr		
	2023	2024	2025
Fälle geklärt	2	5	0
Fälle ungeklärt	2	0	0
Terrorismus gesamt	4	5	0
Fälle geklärt	49	50	3
Fälle ungeklärt	23	17	2
Gewaltdelikte gesamt	72	67	5
Fälle geklärt	46	321	72
Fälle ungeklärt	48	270	78
Propagandadelikte gesamt	94	591	150
Fälle geklärt	260	413	48
Fälle ungeklärt	471	747	104
sonstige Delikte gesamt	731	1.160	152
Fälle geklärt	357	789	123
Fälle ungeklärt	544	1.034	184
PMK Antisemitismus gesamt	901	1.823	307

Quelle: KPMD-PMK, Stand: 5. Mai 2025

Fallaufkommen mit antisemitischer Motivation im Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt

	Jahr		
	2023	2024	2025
Fälle geklärt	2	5	0

Fälle ungeklärt	2	0	0
Terrorismus gesamt	4	5	0
Fälle geklärt	39	47	1
Fälle ungeklärt	18	15	1
Gewaltdelikte gesamt	57	62	2
Fälle geklärt	31	302	67
Fälle ungeklärt	18	231	74
Propagandadelikte gesamt	49	533	141
Fälle geklärt	103	279	29
Fälle ungeklärt	320	572	73
sonstige Delikte gesamt	423	851	102
Fälle geklärt	175	633	97
Fälle ungeklärt	358	818	148
PMK Antisemitismus und Nahost gesamt	533	1.451	245

Quelle: KPMD-PMK, Stand: 5. Mai 2025

14. In wie vielen Fällen der antisemitischen Delikte wurde bereits Anklage erhoben bzw. eine rechtskräftige Verurteilung erreicht?

Zu 14.:

Die Auswertung der von der Polizei übermittelten Vorgangsnummern aus dem Aktenverwaltungssystem der Staatsanwaltschaft zeigt, in wie vielen Ermittlungsverfahren, denen die Strafverfolgungsbehörden nach ihrer Einschätzung einen antisemitischen Kontext zugeordnet haben, in den Jahren 2023, 2024 sowie im laufenden Jahr Anklage erhoben wurde. Die entsprechenden Zahlen sind in Tabelle 1 dargestellt:

Tabelle 1: Anzahl der Anklageerhebungen

Erledigungsart	Anzahl 2023	Anzahl 2024	Anzahl 2025
Anklage - Große Strafkammer	3	2	0
Anklage - Jugendrichter	3	10	7
Anklage - Jugendhoffengericht	2	2	0
Anklage - Landgericht - Staatsschutzkammer	0	2	0
Anklage - Hoffengericht	0	1	1
Anklage - Strafrichter	20	44	7
Summe	28	61	15

Quelle: Auswertung aus dem Aktenverwaltungssystem der Staatsanwaltschaft

In Tabelle 2 ist dargestellt, in wie vielen dieser Verfahren eine rechtskräftige Verurteilung erfolgt ist:

Tabelle 2: Anzahl der rechtskräftigen Verurteilungen (nach Entscheidungsart und Jahr)

Entscheidungsart	Anzahl 2023	Anzahl 2024	Anzahl 2025
Strafbefehl mit Freiheitsstrafe auf Bewährung	0	1	0
Strafbefehl ohne Freiheitsstrafe	18	141	23
Freiheitsstrafe mit Bewährung	4	3	0
Freiheitsstrafe ohne Bewährung	1	2	0
Freispruch	1	3	0
Geldstrafe	13	29	2
Jugendstrafe ohne Bewährung	1	0	0
Maßregel - Unterbringung mit Bewährung	0	1	0
Maßregel - Unterbringung ohne Bewährung	1	0	0
Summe	39	180	25

Quelle: Auswertung aus dem Aktenverwaltungssystem der Staatsanwaltschaft

15. Wie viele der Ermittlungsverfahren wurden eingestellt (bitte aufschlüsseln nach Einstellungstatbeständen §170 Abs. 2 StPO und §§ 153 ff StPO)?

Zu 15.:

Die Auswertung der von der Polizei übermittelten Vorgangsnummern aus dem Aktenverwaltungssystem der Staatsanwaltschaft zeigt, wie viele Ermittlungsverfahren, denen die Strafverfolgungsbehörden nach ihrer Einschätzung einen antisemitischen Kontext zugeordnet haben, in den Jahren 2023, 2024 sowie im laufenden Jahr eingestellt wurden. Die entsprechenden Zahlen sind in den Tabellen 1, 2 und 3 dargestellt:

Tabelle 1: Anzahl der staatsanwaltlichen Einstellungen Js Verfahren (nach Erledigungsart und Jahr)

Erledigungsart	Anzahl 2023	Anzahl 2024	Anzahl 2025
Einstweilige Einstellung - § 153 a I Nr. 2 StPO	0	4	0
Einstweilige Einstellung - § 45 II JGG	0	2	0
Einstellung - § 153 I StPO	1	20	2

Einstellung - § 153 I StPO Abgabe Ordnungswidrigkeit	0	1	0
Einstellung - § 170 II i.V.m. § 152 II StPO	1	3	0
Einstellung - § 170 II StPO	34	120	33
Einstellung - § 170 II StPO - objektiv keine Straftat	0	7	9
Einstellung - § 170 II StPO Privatklage	1	4	0
Einstellung - § 170 II StPO Verfahrenshindernis	6	30	10
Einstellung - § 20 StGB	10	7	1
Einstellung - § 45 I JGG, § 153 StPO	2	4	2
endgültige Einstellung - § 154 StPO	6	14	2
Tod	1	0	1
Vorläufige Einstellung - § 153 a I Nr. 2 StPO (Geldbetrag gemeinnützige Einrichtung)	0	1	0
Vorläufige Einstellung - § 153 a I Nr. 2 StPO (Geldbetrag Landeskasse)	1	2	0
Vorläufige Einstellung - § 154 f StPO	5	17	8
Vorläufige Einstellung - § 154 I StPO	5	28	21
Summe	73	264	89

Quelle: Auswertung aus dem Aktenverwaltungssystem der Staatsanwaltschaft

Tabelle 2: Anzahl der gerichtlichen Einstellungen Js Verfahren (nach Entscheidungsart und Jahr)

Entscheidungsart	Anzahl 2023	Anzahl 2024	Anzahl 2025
Einstellung § 153 II StPO; ohne Auslagenerstattung	0	4	0
Einstellung § 153a II Nr 2 StPO (Geldbetrag)	2	3	0

Einstellung § 154 II StPO (unwesentliche Nebenstraftat)	0	1	0
Einstellung § 206a StPO (Verfahrenshindernis)	0	1	0
Einstellung § 47 JGG (erzieherische Maßnahme nach § 45 II JGG)	0	3	0
Einst. § 47 JGG (Maßnahme nach § 45 III JGG)	0	5	0
Einstellung § 260 III StPO - Verfahrenshindernis	0	1	0
Summe	2	18	0

Quelle: Auswertung aus dem Aktenverwaltungssystem der Staatsanwaltschaft

Tabelle 3: Anzahl der Einstellungen von UJs Verfahren (nach Erledigungsart und Jahr)

Erledigungsart	Anzahl 2023	Anzahl 2024	Anzahl 2025
Einstellung	150	799	246
Übergang in ein Js-Verfahren	7	34	5
Summe	157	833	251

Quelle: Auswertung aus dem Aktenverwaltungssystem der Staatsanwaltschaft

16. Wie verteilen sich die antisemitischen Delikte auf die Kategorien der politisch motivierten Kriminalität (PMK)? Wie werden dabei die von türkischen Rechtsextremisten (z.B. der „Ülkücü“-Szene) begangene Delikte zugeordnet?

Zu 16.:

Die erfragten Daten können der folgenden Tabelle entnommen werden:

	Jahr		
	2023	2024	2025
PMK -rechts-	288	302	52
PMK -links-	10	32	8
PMK -ausländische Ideologie-	437	1036	158
PMK -religiöse Ideologie-	93	338	76
PMK -sonstige Zuordnung-	73	115	13
PMK Antisemitismus gesamt	901	1.823	307

Quelle: KPMD-PMK, Stand: 5. Mai 2025

Fälle im Zusammenhang mit Ereignissen im Ausland werden in der Regel den Phänomenbereichen PMK -ausländische Ideologie- oder PMK -religiöse Ideologie- zugeordnet. Die Prüfung der Zuordnung zu einem Phänomenbereich erfolgt einzelfallbezogen unter Betrachtung der Umstände der Tat und/oder der Motivation der tatverdächtigen Personen. Eine pauschale Aussage ist daher nicht möglich.

17. Welche Kooperationen, Verbindungen und Überschneidungen bestehen zwischen der antiisraelisch und antisemitisch ausgerichteten Protestszene in Berlin und a) der linksextremen Szene, b) deutschen Rechtsextremisten, c) türkischen Rechts- und Linksextremisten, d) Akteuren der Clan-Kriminalität, e) islamistischen Akteuren und Organisationen sowie f) Gliederungen der im AGH vertretenen politischen Parteien?

Zu 17.:

In Folge des Terrorangriffs der HAMAS auf Israel am 07.10.2023 bildete sich eine anti-israelische Szene heraus, der Personenzusammenschlüsse aus dem auslandsbezogenen Extremismus, dem Islamismus und dem Linksextremismus angehören. Hierzu zählen unter anderem die „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP), die islamistisch-terroristische Organisation HAMAS und Gruppierungen, die dem israelfeindlichen Boykottspektrum zuzurechnen sind, sowie dogmatische Linksextremistinnen und Linksextremisten. Die pro-palästinensische Protestszene erhält regelmäßig Unterstützung durch Teile der internationalistisch ausgerichteten linken Szene in Form von Aufrufen und aktiven Teilnahmen an Protestaktionen. Auch pro-israelische Versammlungen werden gelegentlich durch Teile der „antideutschen“ linken Szene unterstützt. Obwohl diese Gruppierungen teilweise sehr unterschiedliche und auch gegensätzliche Ideologien vertreten, eint sie die Ablehnung des Staates Israel und die Negierung seines Existenzrechts. Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten beteiligten sich bislang nicht an der von der anti-israelischen Szene getragenen Versammlungslage.

Darüberhinausgehende konkrete Erkenntnisse von signifikanten Kooperationen, Verbindungen und Überschneidungen extremistischer Organisationen/Akteuren der benannten Phänomene liegen nicht vor, sind jedoch weiterhin Ziel polizeilicher Betrachtungen und Bewertungen.

18. Wird die Äußerung der Parole „From the river to the sea, Palestine will be free“ in der Berliner Polizei- und Justiz-Praxis, der Verbotserfügung gegen die Hamas des Bundesministeriums des Innern und für Heimat vom 02.November 2023 sowie dem inzwischen rechtskräftigen Urteil des LG Berlin (v. 08.11.2024, Az. 502 KLs 21/24) folgend, grundsätzlich als Straftat angesehen?

Zu 18.:

Entsprechend der Entscheidung des Landgerichts Berlin I vom 8. November 2024 geht die Staatsanwaltschaft Berlin grundsätzlich von einer Strafbarkeit der Parole aus. Lediglich in Ausnahmefällen - etwa im Rahmen der gesetzlichen Ausschlussstatbestände oder des kritischen Gebrauchs - wird eine Strafbarkeit verneint.

19. Wird die Verwendung oder öffentliche Verbreitung des roten Dreiecks sowie der Bildnisse von Hamas-Terroristen, der Einstufung des Bundesministeriums des Innern und für Heimat folgend, in der Berliner Polizei- und Justizpraxis als Straftat gemäß § 86a StGB behandelt?

Zu 19.:

Die strafrechtliche Bewertung von Symboliken unterliegt den Umständen der Verwendung im Einzelfall. Werden öffentlich Bildnisse von Führern der Hamas oder wird ein auf der Spitze stehendes rotes Dreieck im Kontext der Hamas verwendet, wird dies durch die Polizei Berlin als Verstoß gegen § 86a StGB gewertet.

20. Wie läuft in der Praxis der Informationsfluss zwischen der Berliner Polizei und Justiz auf der einen und dem Landesamt für Einwanderung sowie dem Landesamt für Einbürgerung auf der anderen Seite ab, um letztere über antisemitisch motivierte Straftaten und Handlungen zu informieren, welche aufenthaltsrechtliche Konsequenzen für die Täter nach sich ziehen bzw. Einbürgerungen entgegenstehen können?

Zu 20.:

Der behördliche Austausch zwischen der Polizei Berlin, der Berliner Justiz sowie dem Landesamt für Einwanderung Berlin (LEA) erfolgt zusammengefasst auf der Grundlage der Regelungen im Aufenthaltsgesetz und Staatsangehörigkeitsgesetz. Die Informationsweitergabe an das LEA erfolgt automatisiert bei Abgabe eines Ermittlungsverfahrens an die Justiz. Entsprechend Nr. 42 der Anordnung über Mitteilungen in Strafsachen erhält das Landesamt für Einwanderung im Rahmen der Abschlussentscheidung der Staatsanwaltschaft ebenfalls Kenntnis von der Anklage bzw. der Beantragung eines Strafbefehls. Die weitere Informationsübermittlung bestimmt sich nach den allgemeinen Voraussetzungen des § 474 Abs. 2 StPO. Auf Grundlage der dann vorliegenden Erkenntnisse prüft das LEA, ob ein Titel zu erteilen oder abzulehnen ist, ob eine Ausweisung erfolgen oder ein Einbürgerungsantrag abgelehnt werden muss. Diese Prüfungen finden ihre gesetzliche Grundlage in den §§ 5 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 3 S. 3, Abs. 4; 54 insbesondere Abs. 1 Nr. 2, 4 und 5, Abs. 2 Nr. 9; 73 Abs. 1a, Abs. 2; 79 Abs. 2; 87 Abs. 2 Nr. 3, Abs. 4 AufenthG sowie §§ 32, 32 b StAG.

21. Wie viele Anfragen gemäß § 32b StAG hat die Berliner Justiz seit Inkrafttreten der Norm bislang erhalten und bei wie vielen dieser Anfragen wurden im Rahmen des Urteils a) antisemitische, b) rassistische oder c) menschenverachtende Beweggründe festgestellt?

Zu 21.:

Die Anzahl der Anfragen wird statistisch nicht erfasst.

Berlin, den 20. Mai 2025

In Vertretung

Christian Hochgrebe
Senatsverwaltung für Inneres und Sport